

An
Oberbürgermeister
Herrn Weichel
– im Hause –

**Fraktion im Stadtrat
Kaiserslautern**

Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 23

Willi-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: +49 (631) 68500
Tel.: +49 (631) 365-2403
ratsfraktion@gruene.de

Kaiserslautern, den 15.04.2021

Betreff: Frühzeitige Beteiligung des JHA an wesentlichen Entscheidungen der Jugendhilfeplanung

Sehr geehrter Herr Dr. Weichel,
die Fraktion DIE GRÜNEN bittet Sie um die Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschuss: **Frühzeitige Beteiligung des JHA an wesentlichen Entscheidungen bei der Jugendhilfeplanung.**

Empfehlungsbeschluss

Der Stadtrat möge beschließen, dass der Jugendhilfeausschuss bei Maßnahmen der mittelfristigen Jugendhilfeplanung frühzeitig, d.h. bevor entsprechende Kündigungen ausgesprochen und Planungen vonseiten des Referats Jugend und Sport aufgenommen wurden, unterrichtet und in die Planungen miteinbezogen wird.

Als Maßnahmen der mittelfristigen Jugendhilfeplanung gelten z.B. das Schließen von Einrichtungen, die Flexibilisierung von Betreuungszeiten, etc. .

Begründung:

Nach §10 (6) der Jugendamtssatzung wird dem Jugendhilfeausschuss die Richtlinienkompetenz zur Wahrnehmung der Jugendhilfeaufgaben zugewiesen. Dies bedeutet, dass der JHA Bedarfslagen z.B. im Bereich der Kinderbetreuung zwischen 6 und 12 Jahren überprüft und auf dieser Grundlage Ziele und Maßnahmen im Bereich der JHP erarbeitet.

Darüber hinaus wird ihm explizit die Aufgabe zugeteilt, die Träger- und Betroffenenbeteiligung im Rahmen der Jugendhilfeplanung sicher zu stellen. Die bisherige Vorgehensweise, strukturelle Veränderungen in der Jugendhilfeplanung unter dem Deckmantel der „laufenden“ Verwaltung zu fassen, hat sich in dieser Hinsicht als ungenügend herausgestellt. Die Mitglieder des JHA sowie der Elternbeiräte wurden zu spät bzw. unzureichend in Grundsatzentscheidungen eingebunden und vor

vollendete Tatsachen gestellt. Die besorgten Eltern wendeten sich dann an die politischen Vertreter*innen, die nicht in Kenntnis der aktuellen Planungen waren und sich ad-hoc einen Überblick über die Gesamtsituation verschaffen mussten. Wären Elternausschüsse und Jugendhilfeausschuss frühzeitig informiert worden, wäre eine befriedende und konstruktive Einigung zwischen allen Beteiligten frühzeitig möglich gewesen.

Mit freundlichen Grüßen,



Selina Wolf

Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen